

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische Anzeiger
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Nummern-Preis
Rt. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 45.

Freitag, 22. Februar 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßa, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelnummern für die Nummern des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kantonenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Verdingung.

Für den Neubau hiesiger städtischer Schlachthofanlage wird hiermit die Beschaffung verschiedener Inventarien: Tischler-Arbeiten

im Wege des öffentlichen Anbietersverfahrens zur Ausschreibung gebracht. Die hierauf bezüglichen Bedingungenunterlagen, in welchen eine Lieferfrist von nur 4 Wochen vorgesehen ist, sind auf dem hiesigen Stadtbauamte zu entnehmen. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender, kennzeichnender Aufschrift versehen, bis

Mittwoch, den 27. Febr. a. c., Nachm. 5 Uhr

anher einzureichen.

Ausdrücklich vorbehalten bleibt hierbei die Auswahl unter den Anbietern, bezw. die Ablehnung sämtlicher Angebote.

Riesa, den 22. Februar 1895.

Der Stadtrath.
Räder.

Bekanntmachung.

Im Konkursverfahren über das Vermögen des Waagenfabrikanten F. W. Schulze in Riesa steht die Schlussverteilung bevor.

Zur Verteilung sind, incl. der bereits gewährten Abschlagszahlung, nach Abzug der Kosten und Waffenschulden 4383 M. 75 Pf. verfügbar, hiervon sind 2686 M. 60 Pf. bevorrechtigte und 24826 M. 35 Pf. nicht bevorrechtigte Forderungen zu befriedigen.

Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts niedergelegt.

Riesa, am 22. Februar 1895.

Der Konkursverwalter.

Dr. Wende.

Anzeigen

für das „Riesner Tageblatt“ erbitten uns spätestens bis

Vormittag 9 Uhr des jeweiligen Ausgabestages.

Die Geschäftsstelle.

Vom Reichstage.

Im Reichstage begann gestern die erste Berathung der Tabaksteuer-Vorlage.

Staatssekretär Graf von Posadowsky führte aus, wenn auch gegenwärtig kein dringendes Bedürfnis nach neuen Deckungsmitteln vorliege, so werde dies bestimmt in dem Etat für 1896/97 der Fall sein. Es bestehe immer noch die moralische Verpflichtung, die Kosten der Militärvorlage zu decken. Die Reichseinkommen- und Reichserbschaftsteuer sämen aus den bereits vielfach erörterten Gründen nicht in Betracht; es blieben also nur Tabak und Bier. Der Tabak sei eigentlich ein Luxusartikel, denn Jeder könne sich des Gebrauchs enthalten. Durch die alleinige Heranziehung des Bieres würde sich Deutschland unnötig belasten. Was die Tabakbesteuerung anbelange, so seien von allen vorgeschlagenen Wegen nur zwei gangbar, Monopol oder Fabriksteuer. Das Monopol finde im Reichstage seinen Widerhall, abgesehen von anderen dagegen sprechenden Gründen; es bleibe also nur die Fabriksteuer. Der Staatssekretär verteidigte alsdann die einzelnen Bestimmungen der Vorlage. Die Kontrollmaßregeln hätten die Regierung so wenig belästigend wie möglich gestaltet, insbesondere für die Kleinbetriebe. Der Staatssekretär schloß: Sie werden diesen Gesetzentwurf annehmen, wenn Sie die Ordnung der Reichsfinanzen wünschen. Der ganze Reichstag dürfte nicht im Stande sein, den Schaden auszugleichen, der durch Ablehnung dieser Vorlage den Reichsfinanzen zugefügt werden wird. (Vehementer Beifall rechts.)

Abg. Müller (Zulda) erklärte, das Zentrum habe die frühere Vorlage ablehnen müssen, weil sie die Kosten wesentlich den schwächeren Schultern auferlegte. Den vorgeschlagenen Zollerhöhungen stimme die Partei rückhaltlos zu. Die anderen Punkte, namentlich die wirtschaftlichen Folgen, seien in der Kommission zu erörtern. Redner demängelte die Form der Fabriksteuer, hält die Schilderung der Finanzlage für zu schwarz und beantragte die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Dr. Clemm (nat.-lib.) sieht den Hauptvortheil der diesjährigen Vorlage gegen die vorjährige darin, daß der Pflanzler unabhängig werde vom Käufer, der seinen Preisdruck auf ihn ausüben könne. Ferner seien die freien Niederlagen von ganz außerordentlichem Vortheil. Dagegen habe er ernste Bedenken gegen den Satz von 40 M. pro 100 kg ausländischen Rohtabaks, weil der inländische Tabak nicht im Stande sei, mit den billigen ausländischen Tabaken zu konkurrieren. Auch habe der Einheitszoll für Zigarren und Zigarretten, gleichviel welcher Gatte, in Höhe von 200 M. doch viel Bedenkliches. Nach dieser Richtung werde die Kommission eine Aenderung einreten lassen müssen. Die wirtschaftlichen Folgen halte er keineswegs für so gefährlich, wie sie die Gegner der Vorlage in ihrer Agitation hinstellten. Die Art der betriebenen Agitation halte er für durchaus verwerflich. Wären doch einzelne Fabrikanten so weit gegangen, bei der letzten Wochenlohnzahlung den Arbeitern vorzuhalten, welche Schädigung die neue Steuer für sie bedeute. Die vorjährige Vorlage habe eine Steuer für Zigarren von 33 1/2 Prozent gefordert; die gegenwärtige fordere nur 25 Prozent. Diese Belastung bedeute nun für die Bierpfeunig-Zigarre nur 1/10 Pfennig und für die Zänpfeunig-Zigarre

nur etwas mehr. Der Fabrikant könne die Zigarre sehr wohl, um diese Differenz auszugleichen, kleiner machen. (Abkl bei den Sozialdemokraten.) Ebenso stellten die übrigen Aenderungen der diesjährigen Vorlage Besserungen gegenüber der vorjährigen dar. Er bitte daher, dieselbe wohlwollend zu beurtheilen und empfehle die Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Frese (fr. Bgg.) sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, die eine schwere Schädigung der Industrie und damit des ganzen Vaterlandes bedeutende Vorlage abzuwenden. Der Staatssekretär habe gesagt, die Luxussteuer zeige sich bei längerem Zusehen als undurchführbar; der Tabak sei ein Luxus. Nun, dann wären wir ja schon am Ziele. (Heiterkeit.) Alle Fabrikanten seien der Ansicht, daß, wenn nun einmal der Tabak mehr bringen solle, doch immer noch durch Erhöhung der gegenwärtigen Zoll- und Steuerfüße für das Reich etwas mehr herauszuschlagen wäre. Die schwersten Bedenken gegen die Vorlage bildeten aber die in Folge derselben nötig werdenden Arbeiterentlassungen. Daß die in Folge der Vorlage sich ergebende Differenz bereits estompiert werde, entspreche seiner Erfahrung nach den Thatsachen nicht. Die von dem Vorredner in der gegenwärtigen Vorlage erkannten Vorzüge beruhten auf Irrthum. Die gleiche Besteuerung der Rohabake und der Saunen sei durchaus ungeeignet, denn man brauche das achtfache Quantum Rohabak, um das einfache Quantum Saunen herzustellen. Ein höherer Zollsatz, wie er hier empfohlen werde, werde eine Ueberproduktion an heimischen Tabaken mit all ihren schädigenden Konsequenzen im Gefolge haben. Schon jetzt beginne man den Anbau in Südwestdeutschland zu steigern, und in Thüringen werde neuer Anbau beabsichtigt. Neu sei die Steuer auf ausländische Fabrikate als Gewichtssteuer aufgesetzt worden. Er gebe zu, daß der Regierung durch prozentuale Sätze sehr große Schwierigkeiten sich entgegenstellen; aber sonderbarer Weise wolle man gleichzeitig den Deutschen gegenüber die geschäftige Werthsteuer einführen, die man dem Auslande gegenüber nicht benutze. Die Ertragsrechnung halte er für zu hoch. Das erhoffte Plus von 32 Millionen M. werde ein erheblich geringeres sein. Sowohl der Konsum von Auslandsabaken werde zurückgehen, als auch der Ertrag der Fabriksteuer erheblich geringer sein, so daß seine Berechnung ihm höchstens einen Mehretrag von 20 Millionen anzunehmen gestatte, ein Betrag, der bei den auf 6 Millionen angenommenen höheren Verwaltungskosten zu gering sei. Weiter kritisierte Redner die einzelnen Kontrollmaßregeln, deren Bedenken namentlich in der Rücksendung der vom Käufer beglaubigten Fakturen, sowie in der dreimal monatlich nötigen Einsendung der Fakturen an die Steuerbehörden lägen. Der Wunsch, die Kleinbetriebe möglichst von Belastigungen freizulassen, habe die Regierung dazu geführt, den in dem vorjährigen Entwurfe auf Beschäftigung von vier Gehilfen gefaßten Rahmen auf Betriebe mit sechs Gehilfen zu erweitern. Darin liege die Gefahr, daß die mittleren Betriebe in mehrere zu sechs Gehilfen zerhackt würden und auf diese Weise dem Großbetriebe eine gefährliche Konkurrenz bereiten könnten. Redner beleuchtete nun die Bedeutung der deutschen Tabakfabrikation. Weder England noch Frankreich, weder Oesterreich-Ungarn noch Italien hätten im Entferntesten eine so ausgedehnte Tabakfabrikation

wie Deutschland. Deutschland beschäftige, wie jetzt die Regierung gegen das Vorjahr zugebe, nahezu 16 000 Arbeiter. Den Rückgang des Konsums berechne er so, daß eine Arbeiterentlassung von 10 Prozent, also von 160 000 Mann stattfinden würde, was bei dem Gesamtbetrage der den Arbeitern gezahlten Löhne von 70 Millionen Mark 7 Millionen Mark betragen würde. Die Tabakindustrie sei schon seit Jahren das Opfer schwerer Beunruhigungen. Deshalb bitte er, die Vorlage abzulehnen und einer so schwer geschädigten Industrie die Ruhe wieder zu geben.

Abg. Graf v. Holstein erklärte, die Konservativen stehen der Vorlage freundschaftlich gegenüber, könnten indessen gegenwärtig noch kein bindendes Votum dafür abgeben; dazu werde sich im Laufe der Kommissionsverhandlungen Gelegenheit bieten. Er sei der Meinung, daß der Werth der billigen Zigarre sich nicht vermindern werde. Was den Rauchtobak betreffe, nun so werde eben der Arbeiter die Pfeife nicht mehr so voll stopfen wie bisher. (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Bei jeder neuen Steuer heiße es immer, die theilhaftige Industrie werde einfach dem Ruin überantwortet. Stets habe sich aber gezeigt, daß die Sache gar nicht so schlimm sei; das würde sich auch in der Kommissionsberathung herausstellen. Thatsache ist, wir müssen Geld haben, und wo sollen wir es denn hernehmen, wenn Sie diese Steuer ablehnen? Er freue sich, daß heute vom Bundesrathstische das Wort Bier gefallen ist. (Heiterkeit.) Die Steuer, die wir uns durch das Trinkgeld auferlegen, sei jedenfalls viel höher als jede Biersteuer, die wir bekommen würden. Er denke dabei nur an die theuren Biere; die billigen mächten steuerfrei bleiben. Daß dadurch der Konsum zurückgehen sollte, das Bedenken hege er nicht; dazu kenne er die Deutschen zu genau. Der brave Deutsche werde einfach weiter trinken und sagen: Jetzt trinke ich für's Vaterland. (Große Heiterkeit.) Wir müssen zu geordneten Finanzen kommen, deshalb empfehle ich auch noch eine Besteuerung des Bieres. (Beifall rechts.)

Abg. Förster (Reuß, Soz.): Der Staatssekretär hat als Vorzüge der neuen Vorlage die Herabsetzung der Steuerfüße und die verminderte Belastigung hervorgehoben. Wer giebt uns denn die Bürgschaft, daß es bei diesen Sätzen bleibt? Ich meine, der fiskalische Zweck des Gesetzes wird nicht erreicht und darum bald wieder eine Erhöhung der Sätze beantragt werden. Die Behauptung, der Tabak sei ein Luxus, ist entschieden irrthümlich; er ist ein Gebrauchs- und Nahrungsmittel wie der Kaffee. Es ist doch kein Zweifel, daß die Mehrbelastung in der Qualität zum Ausdruck kommen muß. Nun stelle man es so hin, als ob jeder, der da raucht, später rauchen muß, wenn der Preis auch höher geworden ist. Das trifft doch nur für den leidenschaftlichen Raucher zu, und deren Zahl ist gar nicht so groß. Es wird eben ein Konsumrückgang unausbleiblich eintreten. Die Zollerhöhung von 1879 hat die Folge gehabt, daß während früher die Zigarren zu einem Drittel aus deutschen und zu zwei Dritteln aus amerikanischen Tabaken hergestellt wurden, sie also jetzt zu zwei Dritteln aus deutschen und zu einem Drittel aus amerikanischen Tabaken hergestellt werden. Eine Zigarre aus rein deutschem Tabak stellt keinen Genuß mehr dar. Zudem werden jetzt minderwerthige amerikanische Tabake eingeführt, die früher gar nicht herüberkamen. So hat sich das